Gemeinde- und Städtebund Thüringen
Städte- und Gemeindebund Brandenburg
Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt
Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern

Thüringer Minister
für Bau, Landesentwicklung und Verkehr
Herrn Christian Carius
Werner-Seelenbinder-Straße 8
99096 Erfurt

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft
des Landes Brandenburg
Herrn Jörg Vogelsänger
Henning-von-Tresckow-Straße 2 – 8
14467 Potsdam

Minister für Landesentwicklung und Verkehr
des Landes Sachsen-Anhalt
Herrn Dr. Karl-Heinz Daehre
Turmschanzenstraße 30
39114 Magdeburg

Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Herrn Volker Schlottmann
Schlossstraße 6 – 8
19053 Schwerin

Potsdam, Magdeburg, Erfurt, Schwerin, 2. September 2010

Zukunft der Städtebauförderung
Bauministerkonferenz am 3. September 2010

Sehr geehrte Herren Minister,

der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat angekündigt, die Programme der Städtebauförderung im kommenden Jahr zu halbieren. Die ostdeutschen Bauminister haben dies dankenswerterweise kritisiert. Am kommenden Freitag, den 3. September 2010, wird sich die Bauministerkonferenz in einer Sondersitzung damit beschäftigen.

Für die besonders stark von Strukturumbrüchen und vom demografischen Wandel betroffenen Städte und Gemeinden der ostdeutschen Flächenländer hätten die angekündigten Kürzungen gravierende Konsequenzen. Der erfolgreich angelaufene Stadtumbau und die Sanierungen vieler maroder Innenstädte und Ortskerne würden unvermittelt abgebrochen, anstatt die Anpassungsprozesse auszuweiten.

Unsere Bundesverbände Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Städtetag haben sich bereits mit Schreiben an die Bauministerkonferenz, den Bundesminister und den Deutschen Bundestag gewandt. Wir unterstützen diese Initiativen.

Die gemeindlichen kommunalen Spitzenverbände der ostdeutschen Flächenländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen möchten ihre Länder vor der Bauministerkonferenz gleichwohl nochmals dringend bitten, den geplanten Einschnitten des Bundes in die Städtebauförderung nachdrücklich entgegenzutreten und eine Fortführung der Förderung auf bisherigem Niveau einzufordern.

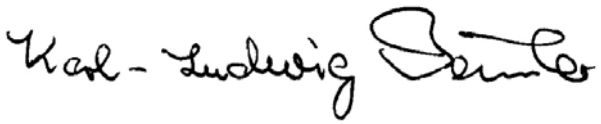
Eine Änderung der Haltung des Bundes wird sich nur erreichen lassen, wenn die Länder ebenfalls unmissverständlich erklären, ihre Kofinanzierung auf dem vor der angekündigten Halbierung der Bundesmittel vorgesehenem Niveau fortzuführen. Wir müssen davon ausgehen, dass der Bund derzeit nur darauf wartet, dass in den Entwürfen der Landeshaushalte im Vorgriff oder parallel zu seinen angekündigten Reduzierungen ebenfalls geringere Landesanteile veranschlagt werden.

Vor diesem Hintergrund appellieren die gemeindlichen kommunalen Spitzenverbände der ostdeutschen Flächenländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen an ihre Länder, in den Landeshaushalten 2011 Mittel im bisherigen Umfang für die Kofinanzierung der Programme der Städtebauförderung zu veranschlagen, so wie es der Freistaat Sachsen dankenswerterweise bereits getan hat.

Schließlich möchten wir Sie bitten, sich für eine Verlängerung der Altschuldenhilfe einzusetzen. Diese ist nach wie vor erforderlich, den Stadtumbau zu begleiten. Zudem muss dafür Sorge getragen werden, dass auch gemeindliche Wohnungsbestände, die nicht in eine

kommunale Wohnungsgesellschaft eingebracht worden sind, anspruchsberechtigt sein können.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Ludwig Böttcher .
Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg

Dr. Bernd Kregel
Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt

gez. Ralf Rusch
Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen

Michael Thomalla
Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern